

Pressemitteilung 52/2016

Halle (Saale), den 21. Dezember 2016

Wirtschaftliche Aussichten Ostdeutschlands für 2017

Im Jahr 2017 wird das Bruttoinlandsprodukt in Ost- wie in Westdeutschland mit 1,3% im Gleichschritt expandieren. Der Wachstumsvorsprung der ostdeutschen Wirtschaft (einschließlich Berlin) in den beiden Vorjahren ist bereits im Jahr 2016 geschmolzen, sodass der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands insgesamt erneut stagniert.

Die Nachfrageimpulse der privaten und der öffentlichen Haushalte nach Konsumgütern sowie nach Wohnimmobilien und Bauten in die Infrastruktur haben die Produktion im Jahr 2016 in den meisten Wirtschaftsbereichen ange-regt, allerdings mit unterschiedlicher Intensität. Während das Produzierende Gewerbe dank der konjunkturellen Belebung in den ostdeutschen Flächen-ländern ein deutlich höheres Tempo als im Jahr 2015 anschluss, verlor der Dienstleistungssektor dort insgesamt ein wenig an konjunktureller Dynamik.

Im Jahresverlauf folgte allerdings auf den hohen Produktionsanstieg im ersten Halbjahr in den Monaten Juli bis Oktober vorübergehend die Ernüchterung. Verantwortlich dafür waren vor allem das Produzierende Gewerbe und der Handel, die wohl eine Verschnaufpause nach dem kräftigen Auftrieb davor einlegten. Deren Ausfall an Produktion konnte nicht vollständig durch die Leis-tungszuwächse der Bereiche Verkehr, Information und Kommunikation sowie der staatlichen Anbieter zur Versorgung und Integration der Asylsuchenden wettgemacht werden. Trotz des leichten konjunkturellen Schwächeanfalls im Jahresverlauf stieg das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenlän-dern in den ersten drei Quartalen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,9 %.

Für die Industrie kamen die konjunkturellen Dämpfer im dritten Quartal 2016 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Vor allem die Hersteller von Investitionsgütern und von langlebigen Konsumgütern mussten infolge der schwächelnden Nachfrage kräftige Umsatzrückgänge hinnehmen. Allein die Verbrauchsgüterproduzenten konnten ihren Absatz im Ausland steigern. Von der kräftigen Konsumkonjunktur in Deutschland profitierten verstärkt einige Anbieter von konsumnahen Dienstleistungen. Die Bauproduktion gab im drit-ten Quartal nach, dies ist allerdings auch als Reaktion auf starke Zuwächse in den zwei Quartalen zuvor zu verstehen.

Im Dienstleistungssektor verlief die konjunkturelle Entwicklung im dritten Quartal gespalten. Während Handel und Gastgewerbe etwas von ihrem Anteil an der Konsumfreude der privaten Haushalte verloren, gewannen die konsum-nahen Dienstleister im Reiseverkehr, der Kommunikation und Information

Sperrfrist
21. Dezember 2016, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Udo Ludwig
Tel +49 178 6767281
ldw@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundesministe-
rium des Innern (BMI), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales (BMAS), Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur
(BMVI), Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit (BMUB), Bundes-
kanzleramt, Wirtschaftsministerien
und Arbeitsministerien der ostdeut-
schen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur,
Prognose, Konvergenz, Ost-West-
Vergleich, Arbeitsmarkt, Industrie,
Bauwirtschaft

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

hinzu. Die Leistung der Unternehmensdienstleister stabilisierte sich. In Berlin dürften der Handel und das Gastgewerbe sowie die unternehmensnahen Dienstleister kräftiger als in den Flächenländern zugelegt haben.

Die staatlichen Verwaltungen, das Gesundheitswesen sowie der Bereich Kultur und Erholung haben vor allem im Zuge der Integration der Asylsuchenden ihre Dienstleistungen verstärkt ausgeweitet. Das Produzierende Gewerbe und der Dienstleistungssektor trugen in Ostdeutschland insgesamt letztlich in etwa gleichem Maße zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2016 bei.

Im Jahr 2017 wird die ostdeutsche Wirtschaft weiterhin von der Verlagerung der Antriebskräfte der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland vom Ausland auf das Inland profitieren. Das Bruttoinlandsprodukt wird mit 1,3% im Gleichschritt mit Westdeutschland expandieren. Impulsgeber dürften vor allem die konsumnahen Branchen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs sein. Der schwächere Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber dem Jahr 2016 resultiert – wie in Deutschland insgesamt – zu einem Großteil aus der geringeren Anzahl von Arbeitstagen. Zudem erholt sich die Weltkonjunktur nur mäßig, sodass die Exporte, aber auch die Belieferung der westdeutschen Produzenten von Exportgütern mit Vorleistungsgütern aus Ostdeutschland wohl nur leicht an Fahrt gewinnt. Zwar dürften auch nach wie vor demographische Faktoren die Entwicklung von Nachfrage und Angebot in den ostdeutschen Flächenländern belasten, der Bevölkerungszuwachs in Berlin und die dort verstärkte Ausweitung der Kreativwirtschaft werden sie aber wohl weitgehend ausgleichen.

Tabelle

Prognose des IWH für Ostdeutschland

	2015	2016	2017
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,0	1,3
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	1,7	1,9	1,3
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)	7 730	7 810	7 842
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	43 057	43 496	43 755
Arbeitslose ^a	774	713	668
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	2 795	2 692	2 706
	in %		
Arbeitslosenquote ^b	9,1	8,4	7,8
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	6,1	5,8	5,8
Arbeitslosenquote BA ^c	9,2	8,5	7,9
<i>nachrichtlich</i> : Deutschland	6,4	6,1	6,1

^a Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^b Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quelle: Berechnungen des IWH.

Im Gefolge der robusten Grundtendenz der Entwicklung der Produktion war die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2016 recht günstig. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 81 000 Personen bzw. 1,0% zu. Mehr als die Hälfte des gesamten Beschäftigungsaufbaus in Ostdeutschland entfiel auf Berlin. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung lag mit etwa 1,8% erneut deutlich über der Zunahme der Erwerbstätigkeit. Fast der gesamte Aufbau an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erfolgte in den

Dienstleistungsbereichen. Dazu dürfte auch der zusätzliche Arbeitskräftebedarf im Zuge der Bewältigung der Fluchtmigration beigetragen haben.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging um 61 000 Personen zurück. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote sank auf 8,4% (2015: 9,1%). Die Unterbeschäftigung¹ nahm – anders als in Westdeutschland – weiter leicht ab. Verantwortlich dafür ist aktuell nicht allein der seit längerem anhaltende Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland, sondern auch die Tatsache, dass in Ostdeutschland zunehmend Personen im Zusammenhang mit der Fluchtmigration² in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert werden. Anderenfalls wäre ein Anstieg der Unterbeschäftigung nicht auszuschließen gewesen.³

Im Jahr 2017 wird die Beschäftigung wegen der etwas schwächeren Entwicklung der Produktion nur um 0,4% zunehmen (Westdeutschland: +0,6%). Positiv wirkt sich dabei die weitere Zunahme des – an sich schon hohen – Stellenangebots aus. So nahm die Zahl der offenen Stellen im dritten Quartal 2016 gegenüber dem Vorjahr um 9,6% zu (Westdeutschland: 9,2%).⁴ Insgesamt waren 200 000 Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt frei. Im Verlauf des Jahres 2017 wird die Arbeitslosigkeit wohl nicht mehr so stark sinken wie im Vorjahr, da dann die Zahl der arbeitslos registrierten Personen im Kontext von Fluchtmigration zunehmen dürfte. Insgesamt wird im Jahr 2017 die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote 7,8% betragen.


Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Udo Ludwig
Tel 0178 6767281
udo.ludwig@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden.

¹ Zu den Unterbeschäftigten gehören neben den registrierten Arbeitslosen auch die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

² Die Bundesagentur fasst Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und geduldete Ausländer zur so genannten Gruppe *Personen im Kontext von Fluchtmigration* zusammen.

³ Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zählen grundsätzlich nicht zu den registrierten Arbeitslosen. Den Unterbeschäftigten werden sie allerdings zugerechnet.

⁴ Vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB): IAB-Stellenerhebung: Ergebnisse der IAB-Stellenerhebung für das dritte Quartal 2016: Neun Prozent mehr offene Stellen als ein Jahr zuvor*. Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 08.11.2016.

Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.